

# Dienstleistungen - 415720-2019

04/09/2019 S170 -- Dienstleistungen – Auftragsbekanntmachung – Offenes Verfahren

---

I. II. III. IV. VI.

## Deutschland–Bitburg: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2019/S 170–415720

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

### Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

### Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

#### I.1) Name und Adressen

Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg–Prüm

Trierer Str. 1

Bitburg

54634

Deutschland

E-Mail: info@bitburg-pruem.de

NUTS-Code: DEB23

#### Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.bitburg-pruem.de

#### I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

#### I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://www.subreport.de/E18989519>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via:

<https://www.subreport.de/E18989519>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

#### I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

#### I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

### Abschnitt II: Gegenstand

#### II.1) Umfang der Beschaffung

##### II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen für die Sanierung des St.-Willibrord-Gymnasiums in Bitburg

##### II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71000000

**II.1.3) Art des Auftrags**

Dienstleistungen

**II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Der Auftraggeber beabsichtigt Architektenleistungen für das Bauvorhaben: „Sanierung des St.-Willibrord-Gymnasiums in Bitburg“ hinsichtlich der Leistungsphasen 1 bis einschließlich 9 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI i. V. m. Anlage 10.1 zur HOAI sowie die Leistungsphasen 1 bis einschließlich 9 des Leistungsbildes Objektplanung Freianlagen gemäß § 39 HOAI i. V. m. Anlage 11 zur HOAI zu vergeben.

**II.1.5) Geschätzter Gesamtwert**

**II.1.6) Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

**II.2) Beschreibung**

**II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:**

**II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)**

**II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB23

Hauptort der Ausführung:

Denkmalstraße 8

54634 Bitburg

**II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:**

Der Eifelkreis Bitburg-Prüm ist Eigentümer des St.-Willibrord-Gymnasiums in der Denkmalstraße in Bitburg.

Das St.-Willibrord-Gymnasium existiert seit 1932 und bezog das Gebäude in der Denkmalstraße 1965.

Im Jahr 1982 wurde der Walmdachaufbau errichtet. 1990 wurden Brandschutzmaßnahmen durchgeführt.

In den Jahren 2005 und 2007 wurden Fachklassen erneuert und neue Klassenräume im Bereich des Innenhofes errichtet.

Modernisierungsmaßnahmen und Erweiterungsbauten (Mensa, Turnhalle, Bibliothek) wurden 2018 umgesetzt. Gegenwärtig besuchen rund 800 Schülerinnen und Schüler das Gymnasium. Das Tragwerk des Gebäudes besteht aus einem Stahlbetonskelettbau mit tragenden und aussteifenden Wandelementen und Stahlbetondecken.

Die Dachkonstruktion besteht aus einer Stahlbetondecke mit ehemaligem Flachdachaufbau als Warmdach.

Im Jahr 1982 wurde eine Walmdachkonstruktion aufgebracht.

Der Auftraggeber plant aufgrund des aktuellen Zustandes die Sanierung des Bestandsgebäudes, um das Gebäude auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Im Vorfeld wurde seitens des Auftraggebers die Erstellung eines Brandschutz- und Sanierungskonzeptes beauftragt, die den

Vergabeunterlagen beigefügt sind. Weitere Details zur beabsichtigten Maßnahme und dem Leistungsumfang können den Vergabeunterlagen (insbesondere Sanierungskonzept, Erläuterungsbericht, Kostenschätzung Kostengruppen 300, 400, 500) entnommen werden. Die in den

Vergabeunterlagen bezeichnete Maßnahme „M4 Bestandssanierung Fenster - Dacheindeckung und Außenanstrich“ ist nicht Auftragsgegenstand dieser EU-Ausschreibung.

Für den aktuellen Sanierungsbedarf beabsichtigt der Auftraggeber daher die Leistungsphasen 1 bis einschließlich 9 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI i. V. m. Anlage 10.1 zur HOAI sowie die Leistungsphasen 1 bis einschließlich 9 des Leistungsbildes Objektplanung Freianlagen gemäß § 39 HOAI i. V. m. Anlage 11 zur HOAI zu vergeben.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium – Name: Qualität / Gewichtung: 50 %

Qualitätskriterium – Name: Teamwertung / Gewichtung: 20 %

Kostenkriterium – Name: Honorarangebot / Gewichtung: 30 %

**II.2.6) Geschätzter Wert**

**II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 84

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

**II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

**II.2.11) Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es ist eine stufenweise Beauftragung der in Ziffer II.1.4) bezeichneten Leistungen vorgesehen (siehe § 3 Ziffer 3.2) des Vertrages).

**II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen**

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

**III.1) Teilnahmebedingungen**

**III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1.1) Nachweis der Vertretungsmacht des Unterzeichners:

— bei juristischen Personen (bspw. im Falle einer Kapitalgesellschaft) durch Vorlage eines Handelsregistrauszugs oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes,

— bei Personengesellschaften (bspw. GbR, Partnergesellschaften, Kommanditgesellschaften) durch Vorlage einer entsprechend unterzeichneten Eigenerklärung oder einer Vollmacht.

1.2) Im Falle einer Arbeits-/Bietergemeinschaft: Die Gemeinschaft hat in einer Erklärung zum Angebot sämtliche Mitglieder der Gemeinschaft zu benennen und eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Erklärung muss angeben, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft im Falle der Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften. Diese muss von allen Mitgliedern der Gemeinschaft unterzeichnet sein;

1.3) Erklärung des Bieters, dass die Umsetzung der freiberuflichen Leistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, § 73 Abs. 3 VgV;

1.4) Eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB;

1.5) Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ gemäß § 75 Abs. 1 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36/EG vom 7.9.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Abl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L271 S. 18), zuletzt geändert durch die EU-Richtlinie 2013/55/EU vom 28. Dezember 2013;

1.6) Juristische Personen, Partnerschaftsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der zu übertragenden Leistungen verantwortliche Berufsangehörige benennen und deren Qualifikation gemäß Ziffer 1.5) nachweisen;

1.7) Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage der in Ziffer 1.1) bis 1.6) genannten Angaben, Erklärungen und Nachweise zu einem späteren Zeitpunkt auch für Nachunternehmer zu verlangen, soweit diese nicht bereits mit dem Angebot vorzulegen sind. Er behält sich weiterhin vor, die Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer zu verlangen;

1.8) Im Falle einer Bietergemeinschaft hat jedes einzelne Mitglied die unter den Ziffern 1.1) bis 1.7) geforderten Nachweise vorzulegen;

1.9) Wird von § 47 Abs. 1 VgV Gebrauch gemacht, ist Folgendes zu beachten und vorzulegen: Sofern Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, muss der Bieter nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, müssen die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen. Zudem dürfen keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Hinsichtlich der Art und Weise der Nachweiserbringung, hat der Bieter die freie Wahl. Der Nachweis kann beispielsweise als Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erbracht werden (siehe Seite 2 des Dokuments „Eignungs- und Zuschlagskriterien“);

1.10) Alle Erklärungen/Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

2.1) Vorlage der Bestätigung oder des Bestehens einer Berufs- oder Haftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 2 000 000,00 EUR sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 1 000 000,00 EUR jeweils je Versicherungsfall. Die Beträge müssen je Versicherungsjahr zweifach zur Verfügung stehen;

2.2) Jahresnettoumsatzerlöse des Unternehmens im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2018, mindestens 300 000,00 EUR.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

3.1) Referenzen:

Mindestens 3 Referenzprojekte aus den letzten 10 Jahren (abgeschlossen nach dem 1.8.2009) im Bereich der Objektplanung für Gebäude gem. § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10.1. zu § 34 Abs. 4 HOAI.

Dabei muss der Bieter in der Gesamtheit der von ihm vorgelegten Referenzprojekte nachweisen, dass insgesamt folgende

Mindestanforderungen erfüllt sind:

- Umbau oder Modernisierung oder Sanierung für eine Grundschule oder für eine weiterführende Schule oder für eine berufliche Schule oder für eine Kindertagesstätte;

- Bruttogrundfläche (BGF) von mindestens: 1 000 m<sup>2</sup>,

- vollständig erbrachte Leistungsphasen 1 bis 8,

- ein Gebäude für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB (siehe Seite 3 des Dokuments „Eignungs- und Zuschlagskriterien“).

Hierzu sind die folgenden projektbezogenen Angaben zu jedem Referenzprojekt zu machen:

- Auftraggeber mit Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer,

- Bezeichnung des Projekts,

- Datum (Tag) der Inbetriebnahme des Referenzprojekts,

- Angabe der Brutto-Grundfläche,

- Auflistung der erbrachten Leistungen nach Leistungsphasen und Leistungszeiträumen.

3.2) Fachkräfte:

Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mittels der vorliegenden Ausschreibung definierten Leistungserbringung eingesetzt werden sollen („Projektteam“). Das

Projektteam muss mindestens aus 2 Architekten im Sinne von Ziffer 1.5) der Teilnahmebedingungen oder aus mindestens 1 Architekt im Sinne von

Ziffer 1.5) der Teilnahmebedingungen und einer gleich qualifizierten Stellvertretung, die zu benennen ist, bestehen. Hierzu sind die folgenden

Angaben zu machen:

- Angabe des Projektteams: Anzahl, Name, Qualifikation,

- Angabe des Projektleiters: Name, Qualifikation.

### III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

#### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

##### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ gemäß § 75

Abs. 1 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36/EG vom 7.9.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Abl.EU Nr. L 255S.22,2007 Nr. L271 S. 18), zuletzt geändert durch die EU-Richtlinie 2013/55/EU vom 28.12.2013.

##### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

##### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

- IV.1.1) **Verfahrensart**  
Offenes Verfahren
- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
Tag: 04/10/2019  
Ortszeit: 10:15
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**  
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**  
Das Angebot muss gültig bleiben bis: 06/12/2019
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**  
Tag: 04/10/2019  
Ortszeit: 10:30  
Ort:  
Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm  
Raum 473 Trierer Straße 1  
54634 Bitburg  
Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:  
Die Angebotsöffnung wird von 2 Vertretern des öffentlichen Auftraggebers durchgeführt. Bieter sind nicht zugelassen.

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
- VI.3.1) Die Vergabeunterlagen erhalten Sie ausschließlich als Download unter dem in Ziffer I.3) genannten Link. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post;
- VI.3.2) Für die Angebotsabgabe sind die in den Vergabeunterlagen enthaltene Angebotsschreiben, Angebotsbogen und das Formblatt für Honorarangebot zu verwenden;
- VI.3.3) Rückfragen von Bietern werden nur über die Plattform subreport ELVIS (Link in Ziffer I.3)) entgegengenommen und von der Vergabestelle über die vorgenannte Plattform beantwortet. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt;
- VI.3.4) Es wird darum gebeten, Rückfragen bis spätestens 27.9.2019 bei der Vergabestelle einzureichen;

VI.3.5) Bieterinformationen zum Vergabeverfahren (z. B. die Beantwortung von Rückfragen) werden fortlaufend unter dem in Ziffer I.3) genannten Link geführt. Bieter haben sich unaufgefordert darüber informiert zu halten;  
VI.3.6) Die Kosten für Angebot und die Bearbeitung werden nicht erstattet;  
VI.3.7) Die Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform gemäß § 53 VgV zu übermitteln. Angebote von Bietern, die nicht elektronisch in Textform eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt. (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV);

VI.3.8) Die in Ziffer II.2.7) genannte Vertragslaufzeit (einschließlich der Leistungsphase 9) stellt eine voraussichtliche Frist dar.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,  
Landwirtschaft und Weinbau

Stiftsstraße 9

Mainz

55116

Deutschland

Telefon: +49 6131-162234

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de

Fax: +49 6131-162113

Internet-Adresse: <https://mwwlvw.rlp.de/de/ministerium/zugeordnete-institutionen/vergabekammer/>

##### VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am öffentlichen Auftrag hat oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

- VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**  
Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,  
Landwirtschaft und Weinbau  
Stiftsstraße 9  
Mainz  
55116  
Deutschland  
Telefon: +49 6131-162234  
E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de)  
Fax: +49 6131-162113  
Internet-Adresse: [https://mwwlw.rlp.de/de/ministerium/zugeordnete-  
institutionen/vergabekammer/](https://mwwlw.rlp.de/de/ministerium/zugeordnete-institutionen/vergabekammer/)
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
02/09/2019